

TAGUNG

Wachsendes Interesse an zwei entlegenen Regionen – Zentralasien und der Südkaukasus in der aktuellen Geopolitik

Tatjana Kuhn und Julian Plottka*

Weder Zentralasien noch der Südkaukasus stehen derzeit weit oben auf der außenpolitischen Agenda der Europäischen Union (EU). Dennoch hat u.a. aufgrund des weiter wachsenden Einflusses Chinas in der internationalen Politik, der konfrontativen russischen Außenpolitik und des schwer zu kalkulierenden Verhaltens der USA unter ihrem Präsidenten Donald Trump das Interesse an diesen beiden Regionen deutlich zugenommen. Hinzu kommt, dass die 2016 beschlossene „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ (EUGS) ihrer Umsetzung in den EU-Außenbeziehungen harret und die Strategien der EU für einzelne Regionen und Partnerländer – nicht zuletzt mit Blick auf die Verhandlungen des kommenden mehrjährigen Finanzrahmens (2020-2027) und die folgende Programmierung der Entwicklungszusammenarbeit – entsprechend überarbeitet werden müssen. Für die EU-Zentralasienstrategie hat der Rat der EU diesen Prozess im Juni 2017 angestoßen und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Kommission aufgefordert, bis Ende des Jahres 2019 eine neue Strategie für die Zentralasienpolitik der EU zu entwerfen.

Vor dem Hintergrund der sich verändernden geopolitischen Lage und des konkreten Bedarfs an einer Anpassung der außenpolitischen Regionalstrategien der EU wurden auf der Konferenz die Interessen Chinas, Russlands und der USA in Eurasien analysiert.

Geopolitical Change in Central Asia and the Southern Caucasus: Which Future Role for Europe?

Institut für Europäische Politik (IEP) und Centre international de formation européenne (CIFE)

Gefördert von der VolkswagenStiftung und Erasmus+. Mit freundlicher Unterstützung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

3./4. Juli 2017, Berlin

Welcome to the Conference by the Organisers

Prof. Dr. Mathias JOPP, Director, IEP, Berlin
PD Dr. Matthias WAECHTER, Director General, CIFE, Nice/Berlin

Welcome to the Conference on behalf of the Donor Organisations

Dr. Astrid BOTHMANN, Volkswagen Foundation, Hanover
Richard Nikolaus KÜHNEL, Representative of the European Commission in Germany, Berlin

Russia and the US: New Trends in Great Power Relations and their Implications for Central Asia and the Southern Caucasus

Chair: PD Dr. Matthias WAECHTER, Director General, CIFE, Nice/Berlin
Prof. Dr. Pál DUNAY, George C. Marshall European Center for Security Studies, Garmisch-Partenkirchen
Prof. Dr. Pavel BAEV, Peace Research Institute Oslo

* Tatjana Kuhn, Programmkoordinatorin, Centre international de formation européenne (CIFE), Nizza/Berlin.
Julian Plottka, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin.

Darauf aufbauend wurden die sich daraus für die strategische Zusammenarbeit der EU mit den Ländern Zentralasiens und des Südkaukasus ergebenden Konsequenzen diskutiert. Darüber hinaus bot die im Rahmen des Graduiertenkollegs „The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System“ (EU-CACIS)¹ organisierte Konferenz NachwuchswissenschaftlerInnen ein Forum, um in zwei Workshops Forschungspapiere zu präsentieren und zu diskutieren.²

Mehr Spieler, bessere Handlungsmöglichkeiten

Als das „große Schachbrett“ wird die US-amerikanische und russische Geopolitik in Eurasien seit Ende der 1990er Jahre bezeichnet. Zentralasien und der Südkaukasus erscheinen als Räume politischer Instabilität, in denen die Großmächte Russland, USA und China zunehmend um Macht und Einfluss konkurrieren. Ein Panel der Konferenz widmete sich daher der Frage, wie aktuelle Entwicklungen die Machtkonstellation in der Region verändern und welche Auswirkungen die Strategien und Vorgehensweisen der Großmächte auf die Länder Eurasiens haben.

Insgesamt wurde bei der Diskussion ein düsteres Bild von der Involvierung Russlands und der USA im Südkaukasus und in Zentralasien gezeichnet. Russland nutze die Uneinigkeit des Westens, um seinen Einfluss in beiden Regionen auszuweiten und um seine Vormachtstellung zurückzugewinnen, die mit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken ins Wanken geraten war. Russland fühle sich nicht nur kulturell, sprachlich und geschichtlich mit den Regionen verbunden, sondern zähle sie auch geopolitisch seinem Machtbereich zu. Auch die Präsenz der USA in Zentralasien und dem Südkaukasus sei eine rein geopolitische Entscheidung, denn

Comments:

Jos BOONSTRA, Centre for European Security Studies, Groningen

Dr. Sebastian SCHIEK, German Institute for International and Security Affairs, Berlin

The Importance of China and its “One Belt, One Road” Initiative: Competitor or Partner for Europe?

Chair: Prof. Dr. Mathias JOPP, Director, IEP, Berlin

Jan GASPERS, Head of the European China Policy Unit (ECPU), Mercator Institute for China Studies, Berlin

Raffaello PANTUCCI, Director of International Security Studies, Royal United Services Institute, London

Prof. Dr. Mirzokhid A. RAKHIMOV, Head of the Contemporary History and International Relations Department, Institute of History, Academy of Sciences of Uzbekistan, Tashkent

Dr. George TZOGOPOULOS, Democritus University of Thrace, Hellenic Foundation for European & Foreign Policy, Athens

Two Parallel Working Groups for Young Researchers

The EU's relations with Central Asia and the Southern Caucasus

The Changing Geopolitical Context in Central Asia and the Southern Caucasus

Public Debate: Prospects of EU-Central Asia Relations

H.E. Ambassador Peter BURIAN, EU Special Representative for Central Asia

Strategic Priorities for the EU's Southern Caucasus and Central Asia Policy in a Changing Global Environment

Chair: Prof. Dr. Mathias JOPP, Director, IEP, Berlin

Andreas PESCHKE, Director for Eastern Europe, the Caucasus and Central Asia Divisions, Federal Foreign Office, Berlin

1 Das Graduiertenkolleg wird von IEP und CIFE organisiert und von der VolkswagenStiftung sowie dem Programm „Erasmus+“ gefördert.

2 Neben dem in diesem Band abgedruckten Beitrag „Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union – Zentralasien und der Südkaukasus: vom normativen Ansatz zum „prinzipiengeleiteten Pragmatismus““ werden ausgewählte Papiere der KonferenzteilnehmerInnen sowie DoktorandInnen des Graduiertenkollegs 2018 in einem Themenheft der Zeitschrift „L'Europe en formation“ erscheinen.

die Regionen spielten für die USA nur eine nebensächliche Rolle. Folglich würden weder der „postliterate Präsident Trump“ noch der „eigennützige Präsident Putin“ die sozioökonomische Entwicklung in den beiden Regionen vorantreiben.

Das Desinteresse der USA an der Entwicklung in Zentralasien zeige sich exemplarisch daran, dass die amerikanische Entwicklungshilfe in Kasachstan gänzlich eingestellt und in Kirgisistan um 50 Prozent gekürzt wird. Unter der früheren Außenministerin Hillary Clinton sei ursprünglich eine Zentralasienstrategie geplant worden, für die es jedoch nicht genügend BefürworterInnen im Senat gegeben habe. Nun seien die USA weiterhin rein symbolisch in der Region präsent, um das Kräftegleichgewicht aufrechtzuerhalten und eine militärische Bedrohung von Seiten Russlands zu unterbinden, auch wenn Russland nicht müde werde zu betonen, dass es ihm in Zentralasien in erster Linie um die Schaffung von Stabilität und die Bekämpfung von Drogenhandel gehe.

Neben Russland und den USA spiele auch China beim Ringen um ein Kräftegleichgewicht in Eurasien eine wichtige Rolle. Es halte Russland durch enge Handelsbeziehungen in Schach. Diese Beziehungen seien für Russland so bedeutend, dass es keinesfalls riskieren wolle, sie durch aggressive Manöver in Zentralasien zu gefährden. Der Balanceakt Chinas sei zwar positiv zu bewerten, ändere jedoch nichts daran, dass auch die Interessen der Chinesen in Zentralasien ausschließlich eigennütziger Natur seien: Einerseits verschaffen sie sich durch die „Belt and Road“-Initiative Zugang zu neuen Märkten und Investitionsmöglichkeiten, andererseits können sie außenpolitisch wichtige Partnerschaften stärken und die globale Vormachtstellung ausbauen.

Bei der Diskussion wurde bekräftigt, dass für die Entwicklung Eurasiens derzeit vor allem Afghanistan eine wichtige Rolle spiele. Da die erstarkenden terroristischen Kräfte in Zen-

Prof. Dr. Ghia NODIA, Ilia State University, Tbilisi
Anna GUSSAROVA, Central Asia Institute for Strategic Studies, Almaty

Concluding Remarks

Prof. Dr. Mathias JOPP, Director, IEP, Berlin

tralasien eine der größten Bedrohungen in der Region darstellten, könne Afghanistan durch stabilisierende politische Maßnahmen ein „game changer“ werden. Hier gelte es vor allem, die zwei Hauptursachen von Terrorismus zu bekämpfen: Armut sowie die Rekrutierung von jungen Menschen im Internet. Eine stärkere Zusammenarbeit der zentralasiatischen Länder mit Afghanistan in diesem Bereich würde nicht nur die angespannte Sicherheitslage in Kirgisistan und Tadschikistan verbessern, sondern sich auch positiv auf den andauernden Konflikt im Nordkaukasus auswirken, der immer wieder mit dem Erstarken terroristischer Kräfte in Afghanistan in Verbindung gebracht wird. Auch die EU könne die ihr im Rahmen der Östlichen Partnerschaft zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um im Bergkarabachkonflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien zu vermitteln. Grundtenor war, dass jeder andere Akteur Russland und den USA vorzuziehen sei, da sich die beiden Länder zunehmend als Erzrivalen gegenüberstehen und durch den Konkurrenzkampf mehr Schaden in der Region anrichten, als Nutzen bringen.

China als (selektiver) Partner europäischer Politik in Eurasien

Das Engagement der Volksrepublik China in Zentralasien ist in den letzten 25 Jahren einem Wandel unterlegen und hat mit der „Belt and Road“-Initiative seinen bisherigen Höhepunkt erreicht. Dabei richten sich die Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Initiative nicht allein auf die fünf zentralasiatischen Länder, sondern zielen darauf – sowohl zu Land als auch zu See – eine neue Seidenstraße zwischen Europa und China aufzu-

bauen bzw. die bestehende Infrastruktur zu verbessern.

Entsprechend dürfe die „Belt and Road“-Initiative nicht ausschließlich als Instrument der zunehmenden außenpolitischen Aktivitäten Chinas gesehen werden, sondern diene mit der Erschließung neuer Märkte auch dem innenpolitischen Ziel der Stärkung der chinesischen Wirtschaft, insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der westlichen Regionen des Landes. Dennoch sei sie Kernbestandteil der Zentralasienpolitik, mit der die Volksrepublik u.a. die Sicherung der eigenen Grenze und die Stabilisierung ihrer westlichen Nachbarschaft verfolge. Dieselben Ziele lägen auch der Intensivierung der Verteidigungs- und Sicherheitskooperation mit den Staaten Zentralasiens zugrunde. Selbst die Investitionen dienten nicht nur ökonomischen Zwecken, sondern die Vergabe von Krediten schaffe auch politische Abhängigkeiten. Deshalb gelte die frühere Faustregel, nach der sich China wirtschaftlich und Russland politisch in Zentralasien engagiere, nicht mehr.

Allerdings sei China – trotz einer Neuakzentuierung der Zentralasienpolitik auch auf russischer Seite – immer noch der wirtschaftlich potentere Akteur. Gleichwohl weise die „Belt and Road“-Initiative große Probleme auf. So sei Infrastruktur zwar Voraussetzung für eine Erleichterung des Handels, gleichzeitig vernachlässige China neben der „Hard-“ aber die „Software“. So stellten Zollregularien weiterhin erhebliche Handelshemmnisse dar. Mit dem chinesischen Engagement im Energiesektor gehe die Zentralasienpolitik des Landes zwar über Infrastrukturinvestitionen hinaus, vernachlässige aber insgesamt die in den Ländern bestehenden Probleme. Eine gesellschaftliche Dimension der Zusammenarbeit gebe es gar nicht.

Die Potenziale dieser Politik Chinas für die europäischen Beziehungen zu Zentralasien sind bisher kaum ausgelotet. Zwei Punkte wurden bei der Diskussion jedoch bereits klar: Erstens biete die Handelspolitik das

größte Potenzial für die europäisch-chinesische Kooperation. Beide Seiten hätten ein großes Interesse an der Erleichterung des Handels über und mit Zentralasien. Zweitens sei die Vernachlässigung der binnenwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den fünf zentralasiatischen Ländern eher eine Chance für eine komplementäre Politik von europäischer Seite, als dass es zur Zusammenarbeit mit China kommen könnte. Eine solche ergänzende Politik sei etwa bei der Bekämpfung von Korruption, bei Reformen zur Erleichterung ausländischer Direktinvestitionen oder bei Projekten für die Zivilgesellschaft denkbar. Umstritten war das Potenzial für Kooperation im Sicherheitsbereich. Zwar gebe es wie im Falle der Terrorismusbekämpfung gleichlaufende Interessen auf europäischer und chinesischer Seite, insgesamt habe die chinesische Sicherheitspolitik aber einen geopolitischen Anspruch, der nicht mit den Zielen europäischer Außenpolitik in Einklang zu bringen sei. Diese und mögliche weitere Kooperationspotenziale werden im Zuge der Erarbeitung der neuen Zentralasienstrategie zu diskutieren sein.

Ein partizipativer Ansatz zur Erarbeitung der neuen Zentralasienstrategie

Mit Blick auf die Erarbeitung der neuen europäischen Zentralasienstrategie diskutierte der EU-Sonderbeauftragte für die Region, *Peter Burian*, aktuelle Herausforderungen und das Interesse beider Seiten an einer weiteren Zusammenarbeit. Mögliche Eckpunkte der neuen Strategie, die dabei deutlich wurden, greifen Themen auf, die bereits bei der Überprüfung der derzeitigen Strategie unter lettischer Ratspräsidentschaft 2015 diskutiert wurden, reflektieren aber auch veränderte geopolitische Rahmenbedingungen, jüngste interne Entwicklungen in den zentralasiatischen Staaten sowie neu von der EUGS gesetzte Akzente in der EU-Außenpolitik.

Hinsichtlich der Ausarbeitung des Strategieentwurfs unterstrich Burian das Ziel, durch eine breite Konsultation von „stakeholders“

eine Fokussierung und Priorisierung zu erreichen. Dabei sollen neben EU-Mitgliedstaaten – hier hob er die Bedeutung der jüngsten deutsch-französischen Impulse hervor – und zentralasiatischen Partnern auch die Wirtschaft, zivilgesellschaftliche Akteure und die Wissenschaft beteiligt werden. Wichtig sei auch, dass die Prioritäten festgelegt werden, bevor die Programmierung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Zielregion unter dem kommenden mehrjährigen Finanzrahmen abgeschlossen ist, was die Chance zu einer kohärenteren Nutzung der Instrumente in der EU-Zentralasienpolitik bietet.

Dies sei umso notwendiger, als sich die EU mit „quite an explosive mess of problems“ in der Region konfrontiert sehe. Das „state-building“, die wirtschaftliche Transition sowie die Entstehung nationaler Identitäten infolge der staatlichen Unabhängigkeit seien noch nicht abgeschlossen, während neue Aufgaben hinzugekommen seien. So habe sich die ökonomische Lage im Zuge des schwächelnden Wirtschaftswachstums in Russland und China verschlechtert, was die Einkommensunterschiede in den zentralasiatischen Gesellschaften weiter verschärfe. Die Sicherheitslage sei durch die Nachbarschaft zu Afghanistan und die Aktivitäten islamistischer Terrororganisationen prekärer geworden und der Klimawandel führe insbesondere in den Hochgebirgsregionen zu mehr Naturkatastrophen. Zudem stelle sich die Frage nach dem Wechsel in der Staatsführung neben Usbekistan auch für die anderen Staaten, wobei – trotz positiver usbekischer Signale hin zu einer Liberalisierung – für die Region insgesamt ein Ausbleiben an Reformen, ein Schrumpfen der Zivilgesellschaft und ein Rückgang der demokratischen Qualität der Regierungssysteme zu konstatieren seien.

Für Burian ist die Bewältigung dieser Herausforderungen nicht nur Aufgabe der Länder in der Region, sondern angesichts ihrer Auswirkungen auf irreguläre Migration, organisierte Kriminalität und die Rekrutierung von TerroristInnen auch von strategischer Bedeutung

für die EU. Hier zeigte er eine direkte Verbindung zwischen den sicherheitspolitischen Zielen der EU-Außenpolitik und der Förderung von Menschenrechten und Entwicklung sowie der Vertretung europäischer Werte auf, um diese zu erreichen. Dies kann als ein konkretes Beispiel der Umsetzung des neu in der EUGS eingeführten Paradigmas des „prinzipiengeleiteten Pragmatismus“ verstanden werden. Neben den Aufgaben in der Region sieht Burian zudem Potenzial für die Zusammenarbeit mit China im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative, sofern diese auf den Grundsätzen der Transparenz, des Freihandels und des fairen Wettbewerbs beruht.

Aber auch die fünf Staaten der Region haben Burians Ansicht nach ein strategisches Interesse an der Zusammenarbeit mit der EU. So erleichtere ihnen diese ihre multivektorielle Außenpolitik, in der sie die Kooperation mit China, Russland, den USA und regionalen Akteuren austarieren, und biete Potenziale für die Wirtschaft. Dabei werde Europa v.a. als Anbieter von Technologie und Investitionen sowie als Förderer von Modernisierung und Diversifikation der Wirtschaftsaktivitäten gesehen.

Auf Basis dieser Analyse schien in Burians Impulsvortrag und der anschließenden Diskussion eine Reihe von Themen auf, welche die neue Zentralasienstrategie berücksichtigen soll. Wie schon 2015 sei im Interesse einer effektiveren Politik die Frage einer stärkeren Fokussierung zu diskutieren und diesmal auch zu klären. Dies stehe in einem engen Zusammenhang mit den damals bereits thematisierten Optionen eines bilateralen oder regionalen Ansatzes. Während die Treffen der fünf zentralasiatischen Außenminister vielfach als neue Chance für einen regionalen Ansatz zur Lösung konkreter Problemlagen gedeutet werden, verwies Burian zu Recht in einem ersten Schritt auf die Notwendigkeit weiterer vertrauensbildender Maßnahmen zwischen den fünf Regierungen. Daneben wurde auch die Bedeutung des „ownership“ auf zentralasiatischer Seite für die Strategie deutlich, ohne das die bisher unge-

nutzten Potenziale europäisch-zentralasiatischer Zusammenarbeit nicht ausgeschöpft werden können.

Geschichte kann, aber muss nicht die Zukunft bestimmen

Bei der Diskussion der strategischen Ausrichtung der EU-Politik gegenüber Zentralasien und dem Südkaukasus standen vor allem drei Fragen im Raum: 1) Aus welchen Gründen ist die EU in den beiden Regionen involviert? 2) Welche Rolle spielt die EU für die Regionen und was hat sie dort bisher geleistet? 3) Welche Unterstützung werden Zentralasien und der Südkaukasus in Zukunft benötigen, um vorherrschende sozioökonomische und politische Probleme bewältigen zu können, und sind dafür regionale oder bilaterale Strategien besser geeignet?

Mit Blick auf die erste Frage wurde hervorgehoben, dass sich die EU bereits in den 1990er Jahren nicht richtig auf den Südkaukasus einlassen wollte und auch heute noch sehr zögerlich agiere. Nach der Big-Bang-Erweiterung im Jahr 2004 sei sie eher widerwillig in den Südkaukasus „gezogen worden“, da dort großes Interesse an der Kooperation mit Europa bestanden habe. Die Menschen in Georgien, Armenien und Aserbaidschan seien europäischen Werten gegenüber viel aufgeschlossener als ZentralasiatInnen und fühlten sich tendenziell als EuropäerInnen. Somit sei ihr Wunsch, sich nach dem Ende der Sowjetunion der EU anzunähern, nachvollziehbar. Dies könne jedoch als „einseitige Liebe“ bezeichnet werden, da der Südkaukasus in der jüngeren Geschichte Europas weder kulturell noch wirtschaftlich von großer Bedeutung war.

Diese historische Analyse wurde anschließend um das deutsche Interesse an einer Kooperation mit Zentralasien ergänzt. Dieses liege v.a. in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Stabilität und der Stärkung der universellen Menschenrechte. Im Hinblick auf Kasachstan seien die Fortschritte in den

genannten Bereichen zufriedenstellend. Die deutsch-kasachische Zusammenarbeit könne den anderen vier Ländern der Region als Vorbild dienen. Der deutsche Pavillon bei der EXPO 2017 in Kasachstan sei ein gutes Beispiel gelungener bilateraler Kooperation. Darüber hinaus habe der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien für mehr Sichtbarkeit der EU in der Region gesorgt, sodass die EU zunehmend als wichtige politische und Handelspartnerin wahrgenommen werde. Wegen des großen Reformbedarfs in den zentralasiatischen und südkaukasischen Ländern gelte es aufseiten der EU, sich auf die wichtigsten Zielsetzungen zu konzentrieren, den strategischen Fokus auf Resilienz zu legen und mehr Unterstützung für die Entwicklung regionaler Zusammenarbeit zu leisten – ein Bereich, in dem die EU genügend Expertise besitze.

Am Ende der Diskussion gab es hingegen ein starkes Plädoyer für mehr „Bottom-up-Ansätze“ und für eine Rückkehr zu wertebasierten Strategien. Die zukünftige Ausrichtung der EU-Politik gegenüber den zentralasiatischen und südkaukasischen Ländern müsse stärker nichtstaatliche Akteure einbeziehen, wie es für die Ausarbeitung der neuen Zentralasienstrategie bereits angekündigt wurde. Die EU solle das Rad nicht neu erfinden, sondern die Werkzeuge nutzen, die sich bereits als erfolgreich erwiesen hätten: Investitionen in Bildung, Förderung der Jugend durch gemeinsame Festivals, Kulturveranstaltungen etc. und die Stärkung politischer Teilhabe. Da Europa bisher seine Ziele für die Politik gegenüber Zentralasien nicht genau definiert habe und weil der Dialog immer noch nicht auf gleicher Augenhöhe stattfinde, sei fraglich, ob eine Verbesserung der EU-Zentralasienpolitik in Zukunft zu erwarten ist.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Einschätzungen darüber, wie viel Pragmatismus sich die EU in ihrer Zentralasienpolitik leisten kann und soll, stark auseinandergehen. Einerseits ist der Fokus auf Resilienz und Terrorismusbekämpfung aufgrund des historischen Desinteresses und Zögerns der EU in Zentral-

asien und dem Südkaukasus ein sinnvoller Kompromiss. Andererseits stellen destabilisierende Faktoren in den beiden Regionen wie die hohe soziale Ungleichheit, schwindender gesellschaftlicher Zusammenhalt und mit zunehmender Digitalisierung einhergehende Probleme nicht nur für die Länder selbst, sondern auch für die Entwicklung der eurasischen Region große Risiken dar, sodass die Stärkung der Zivilgesellschaft und rechtsstaatlicher Strukturen bei der Überarbeitung der EU-Zentralasienstrategie Berücksichtigung finden sollte. Da die EUGS einen stark pragmatischen Tenor einschlägt, bleibt abzuwarten, ob die Kommission in Zukunft eine Brücke zwischen diesen beiden Ansätzen schaffen kann.

Ziele definieren, Instrumente fokussieren

Die Diskussion des veränderten geopolitischen Kontextes, in dem die EU ihre Beziehungen zum Südkaukasus und den Ländern Zentralasiens neu gestalten wird, hat veranschaulicht, dass die Union zuvörderst die in der EUGS definierten außenpolitischen Paradigmen wie „prinzipiengeleiteter Pragmatismus“ oder „Resilienz“ in konkrete regionenspezifische Ziele herunterbrechen muss, um eine effektive Politik verfolgen zu können.

Dies gilt ebenso für eine Zusammenarbeit mit China im Kontext der „Belt and Road“-Initiative und darüber hinaus. Der von Burian aufgezeigte Zusammenhang zwischen der Sicherheitslage und der sozioökonomischen sowie gesellschaftlichen Entwicklung in Zentralasien verdeutlicht dabei exemplarisch, dass „prinzipiengeleiteter Pragmatismus“ nicht zu einem Euphemismus für realistische Interessenpolitik ohne Wertebezug verkommen muss. Diese Übersetzungsleistungen gilt es nun, in allen Politikbereichen für die beiden auf der Konferenz betrachteten Regionen zu leisten. Erst wenn diese Zieldefinition, wie sie zumindest Russland und China schon länger betreiben, erfolgt ist, kann im nächsten Schritt eine Fokussierung der Instrumente vorgenommen werden. Insbesondere hierfür ist die EU auf die Fachexpertise und die praktischen Erfahrungen von Akteuren aus Privatwirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft angewiesen, die sie im Rahmen der Überarbeitung der Zentralasienstrategie auch einzubinden plant. Erst so werden die neuen regionenspezifischen Strategien für den Südkaukasus und Zentralasien sowohl außenpolitische Interessen der EU reflektieren als auch adäquate Instrumente zu ihrer Erreichung definieren.